

Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin

XVIII. Wahlperiode



Protokoll

47. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 17.06.2010
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:00 Uhr
Ort, Raum: Pädagogisch betreuter Abenteuerspielplatz, Elterntreff, Wildhüterweg 2 in 12353 Berlin

Anwesende:

Finger, Jutta	SPD	
Knörr, Sabine	SPD	
Pohl, Manuela	SPD	
Schwarzer, Christina	CDU	
Wagner, Heinz	Grüne	
Wittke, Franz	FDP	
Rühlmann, Wolfgang	GRAUE	
Karaaslan, Gülaysan	LINKE	
Ahrens, Jens Holger	AWO Südost e.V.	
Becker, Hans-Peter	Katholische Kirche	
Gesehoff, Judith	Evangelische Kirche	Vertretung für: Petzold, Olaf
Haese, Axel	Human. Verband	
Heeb, Bernhard	Nachbarschaftsheim	
Heinemann, Gabriele	Mädchenarbeit	
Honisch, Manuel	SJD-Die Falken	
Lemming, Siegfried	Diakon. Werk	
Meinecke, Wolfgang	Bezirksschulbeirat	
Wälde, Eva	OutReach	
Vonnekold, Gabriele	JugDez	
Dr. Gallus-Jetter, Gabriele	JugDir	

Mitarbeiter der Verwaltung:

Schreiber, Georg	JugDez1
Thurley, Marion	Jug FS L
Lux, Michael	Jug FC 1

Gäste:

Schwarz, Oliver	Sportjugend Berlin
Stratmann, Martin	Paritätischer Wohlfahrtsverband

Abwesende:

Khalil, Nader	CDU	entschuldigt
Gelfert, Karin	Junge HumanistInnen	entschuldigt
Knoller, Elisabeth	Kinderschutzzentrum	entschuldigt
Kohn, Ivetta	Behindertenarbeit	unentschuldigt
Petzold, Olaf	Evangelische Kirche	entschuldigt

Frau Finger begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste und die Mitarbeiter der Verwaltung. Sie stellt fest, dass die Einladung allen Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist und eröffnet die 47. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

zu 1 Protokoll der 46. Sitzung

Zum Protokoll der 46. Sitzung gibt es keine Änderungsvorschläge. Alle Mitglieder stimmen dem Protokoll in der vorliegenden Fassung zu.

zu 2 Kiez AG

Entfällt, da kein(e) Vertreter/-in anwesend ist.

zu 3 Vorstellung des Abenteuerspielplatzes

Vor der Sitzung des Jugendhilfeausschusses hatte Frau Jugendstadträtin Vonnekold bereits den neuen Niedrigseilgarten des Abenteuerspielplatzes Wildhüterweg eingeweiht. Herr Bindig, der Leiter der Einrichtung, gibt zunächst eine kurze Einführung. Anschließend erfolgt eine Führung über das weitläufige Gelände mit seinen zahlreichen Spielmöglichkeiten. Hervorzuheben sind besonders das Kletterschiff, der Bauspielplatz, die Boule-Bahn und natürlich der neue Niedrigseilgarten.

zu 4 Projekt "Hürdenspringer" Referentin: Frau Incedal

Frau Corogil (Projektkoordinatorin) und Frau Pluschka stellen das Mentoring-Projekt „Hürdenspringer“ vor. Es soll Neuköllner Realschüler/-innen aus sozial benachteiligten Familien - überwiegend türkischen und arabischen Einwandererfamilien - den Übergang von der Schule in den Beruf erleichtern. Das Unionhilfswerk gründete die Initiative im Januar 2009. Finanziert wird sie im Rahmen des XENOS-Programms „Integration und Vielfalt“ aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (50 %), vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (20 %), durch Eigenmittel des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und des Unionhilfswerkes (30 %). Die Jugendlichen, die eine achte, neunte oder zehnte Klasse der Röntgen-Oberschule oder der Zuckmayer-Oberschule besuchen, bekommen für ein Jahr oder länger einen Mentor an die Seite gestellt, der sie auf dem Weg in den Beruf mit hilfreichen Tipps begleitet. Derzeit gibt es 37 solcher Tandems aus Mentor und Mentee - wie die Schützlinge der Mentoren genannt werden. Die meisten Tandems treffen sich einmal wöchentlich etwa anderthalb Stunden.

Ein(e) Mentor/in arbeitet nur mit einem Mentee zusammen, Mentoren müssen aber Zeit mitbringen: ein Jahr lang mindestens einmal pro Woche, Schulungen absolvieren wie „Pubertät“ oder „Kommunikation mit Jugendlichen“. Zudem sollen sie Berufserfahrung haben, um den Jugendlichen aus eigener Kenntnis sagen zu können, worauf es ankommt. Die Mentoren und Mentorinnen sind zwischen 23 und 75 Jahre alt und stammen aus den unterschiedlichsten Berufsfeldern. Es gibt mehr weibliche als männliche Mentoren.

In der anschließenden Diskussion fragt Frau Finger nach der Motivation von Mentoren. Es sind häufig Menschen, denen entweder selbst einmal geholfen wurde oder solche, die Hilfe gebraucht hätten und nicht bekommen haben. Die Nachfrage von Herrn Honisch, ob es sich um Bildungslotsen handele, wird bejaht. Herr Meinecke fragt nach der Vermittlung in betriebliche Ausbildungsplätze. Frau Corogil nennt als erfolgreiche Vermittlungen: 2 betriebliche Ausbildungsplätze, 12 Jugendliche gehen auf eine weiterführende Schule - davon 8 mit dem Ziel Abitur, 7 befinden sich auf Ausbildungsplatzsuche.

Das Projekt „Hürdenspringer“ sucht regelmäßig: Mentorinnen und Mentoren, Engagierte für die Hausaufgabenbetreuung, Multiplikatoren und „Türöffner“ zu Unternehmen/Netzwerken sowie Praktikums- und Ausbildungsplätze.

Kontakt: Projektbüro „Hürdenspringer“, Donaust. 84, 12043 Berlin, Tel.: 030. 22 32 76 -24, E-Mail: huerdenspringer@unionhilfswerk.de

zu 5 Raumvergabe in Jugendfreizeiteinrichtungen – Antrag

Der Antrag lautet:

Es werden in Jugendfreizeiteinrichtungen des Bezirks Neukölln keine Räume für Veranstaltungen von Parteien oder Parteienvertreter(inne)n zur Verfügung gestellt. Dies gilt auch für gewählte Mandatsträger und Fraktionen.

Veranstaltungen, die im Rahmen der politischen Bildung oder der Kinder- und Jugendbeteiligung stattfinden und an denen Vertreter/innen mehrerer Parteien zu ihren Positionen befragt werden, sind weiterhin möglich.

Frau BzStR Vonnekold erläutert die von ihr eingebrachte Beschlussvorlage. Ziel ist es nicht, politische Diskussionen generell aus Jugendfreizeiteinrichtungen fernzuhalten, sondern es soll lediglich nicht möglich sein, dass eine einzelne Partei dort eine Veranstaltung durchführt. Herr Wittke fragt nach dem Anlass. Frau Vonnekold weist darauf hin, dass jede nicht verbotene Partei denselben Anspruch hat. Frau Pohl schlägt vor, mehr als eine Partei einzuladen.

Frau BzStR Vonnekold führt aus, dass der Beschluss eine Fortführung der bestehenden Praxis bedeutet, die aber bisher nicht durch einen Beschluss des JHA festgelegt ist. Eine Einladung durch eine Einrichtung sei auch weiterhin möglich, Parteien sollen aber nicht von sich aus eine Veranstaltung in einer Jugendfreizeiteinrichtung durchführen können.

Frau Schwarzer berichtet, dass die NPD zzt. verstärkt nach Räumen fragt. Ein Verbot nur für NPD-Veranstaltungen sei vor Gericht nicht haltbar. Mit diesem Beschluss wäre die NPD immerhin aus Jugendeinrichtungen ausgeschlossen - wenn auch das generelle Problem einer Raumvergabe an die NPD dadurch nicht gelöst werden kann.

Herr Ahrens schlägt vor, das Wort „Jugendfreizeiteinrichtungen“ durch „bezirklichen Einrichtungen der Jugendhilfe“ zu ersetzen.

Geänderte Beschlussvorlage:

Es werden in bezirklichen Einrichtungen der Jugendhilfe des Bezirks Neukölln keine Räume für Veranstaltungen von Parteien oder Parteienvertreter(inne)n zur Verfügung gestellt. Dies gilt auch für gewählte Mandatsträger und Fraktionen.

Veranstaltungen, die im Rahmen der politischen Bildung oder der Kinder- und Jugendbeteiligung stattfinden und an denen Vertreter/innen mehrerer Parteien zu ihren Positionen befragt werden, sind weiterhin möglich.

Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

zu 6 Programm "Jugendarbeit an Schulen"

Frau Neander erläutert das Programm „Jugendarbeit an Schulen“ (ehemalige Schülerclubmittel). Die Schülerclubs sind überdurchschnittlich in den östlichen Stadtbezirken vertreten. Durch das neue Programm wird in Neukölln mehr Geld für Jugendarbeit - nicht Jugendsozialarbeit - an Schulen zur Verfügung stehen als bisher. „Jugendarbeit an Schulen“ zielt auf die regionale sozialräumliche Vernetzung von Einrichtungen der Jugendarbeit, Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen. Lokale Bildungsverbände und -netzwerke sollen unterstützt werden, als Ergänzung schulischer Bildungsangebote. Das Programm richtet sich vorrangig an alle Kinder und Jugendliche im Alter von 11 bis unter 16 Jahren. Alle Angebote sind freiwillig. Es gibt eine Anschubfinanzierung von insgesamt 1,2 Mio. Euro. Da die Informationen über das Programm erst seit dem 25. Mai vorliegen und die Antragsfrist bereits am 30. Juni endet, bleibt sehr wenig Zeit, um einen Antrag vorzubereiten.

Für die Jahre 2010 und 2011 soll eine Übergangsregelung gelten. Ab 2012 ist eine andere Regelung vorgesehen.

Frau BzStR Vonnekold führt aus, dass durch die vorliegende Beschlussvorlage der Jugendhilfeausschuss eingebunden werden soll. Auf Grund der Zeitknappheit wird zunächst auf bestehende oder schon geplante Kooperationen zurückgegriffen. In Zukunft sollte gefragt werden: Wo wollen wir was mit wem gemeinsam unternehmen? Frau Dr. Gallus-Jetter ergänzt, dass besonders die Abstimmung mit den Schulen zeitaufwändig ist.

Frau Bektas, Mitarbeiterin des Schülerclubs „Arche“ an der Eduard-Mörrike-Schule, weist darauf hin, dass bisher eine Vollzeitstelle für eine Sozialarbeiterin in ihrem Projekt besteht. Bei der neuen Finanzierung würde diese auf eine Dreiviertelstelle reduziert. Dabei habe die Arche bisher sehr gute Arbeit geleistet, was auch allseits anerkannt werde. Die Kooperation mit der Eduard-Mörrike-Schule laufe „perfekt“. Frau BzStR Vonnekold erläutert, dass nach dem zukünftigen Modell je eine Dreiviertelstelle für eine/n Sozialarbeiter/in und eine/n Erzieher/-in vorgesehen sind. Dadurch wird sich in der Summe nichts ändern, da die Arche bisher lediglich eine halbe Stelle für eine Erzieherin hat. Frau Neander führt ergänzend aus, dass diese Änderung aus Sicht des Trägers eine Verschiebung bedeutet, aus Sicht der Schule nicht. Frau Finger bittet, das Problem intern zu klären.

Herr Wittke kritisiert die noch vorhandenen Detailprobleme und die enge Zeitvorgabe. Er fragt, was mit den Berliner Bezirken passiere, die es nicht schaffen, in der vorgegebenen Zeit einen Antrag zu stellen. Frau BzStR Vonnekold entgegnet: Wer bis zum 30.6. keinen Bescheid fähigen Antrag stellt, bekommt nichts. Der Zeitdruck für die Bezirke ist problematisch, die in wenigen Wochen Planung, Koordination und die Einbindung von Gremien gewährleisten sollen, während im Vorfeld fast ein Jahr verging bis die Förderrichtlinien erlassen wurden. Dies ist aber leider keine neue Erfahrung. Positiv sei aber, dass nach dem Ende der Übergangsregelung eine gleichmäßigere Verteilung der Mittel vorgesehen ist, als in der Vergangenheit, wo die Berliner Bezirke in sehr unterschiedlichem Maße von diesen Mitteln profitieren konnten.

Die Beschlussvorlage lautet:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Vorschlag zur Verteilung der Mittel im Programm „Jugendarbeit an Schulen“ zustimmend zur Kenntnis und beauftragt das Jugendamt, den Antrag bei der SenBWF Abt. III zu stellen.

Die Beschlussvorlage wurde mit 12 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

zu 7 Entscheidungsrecht des Jugendhilfeausschusses

Frau BzStR Vonnekold erläutert zunächst die Hintergründe des Antrages. Die Entsperrung der Finanzmittel seien die Voraussetzung, um die laufenden Projekte fortführen zu können. Wenn das Bezirksamt (BA) die vorsorglich zurückgehaltenen Mittel nicht bis zum 30. Juni freigebe, dann müssten viele Projekte gekündigt werden. Frau BzStR Vonnekold erklärt, dass das BA sie aufgefordert habe, eine vorsorgliche Kündigung auszusprechen. Dies würde aus rechtlichen Gründen zunächst die Freien Trägern betreffen. Das Jugendamt ist an die Beschlüsse des BA gebunden. Die Mehrheit der Mitglieder des BA sieht eine weitere Entsperrung von Mitteln (max. 1 Mio. Euro) frühestens Anfang Juli als möglich an, weil erst dann die Ausgaben für den Monat Juni vorliegen. Frau BzStR Vonnekold führt dagegen aus, dass die Ausgabenentwicklung des Jugendamtes, insbesondere die HzE-Kosten (Hilfen zur Erziehung) seit einigen Monaten rückläufig ist, die Sparbemühungen also Wirkung zeigen. Daher sei es absolut gerechtfertigt, die gesperrten Mittel noch vor Ende Juni freizugeben, dadurch könnten Kündigungen bei den Projekten vermieden werden. Die Verträge mit den Trägern der Jugendarbeit sind vierteljährlich zum Quartalsende kündbar, deshalb müssten die Mittel nicht nur für die nächsten Monate, sondern bis zum Jahresende im Haushalt der Abteilung Jugend verfügbar sein. Dies ist ohne eine rechtzeitige weitere Mittelentsperrung nicht der Fall. Würden Kündigungen notwendig, dann müssten diese zum 30. Juni erfolgen, um zum 30. September wirksam werden zu können. Anhand zweier Grafiken erläutert Frau BzStR Vonnekold die unterschiedliche Einschätzung der Ausgabenentwicklung der HzE-Kosten durch den Steuerungsdienst des Bezirksamtes einerseits und die Controllingfachleute der Abteilung Jugend andererseits.

Der Hauptgrund für die unterschiedliche Sichtweise liegt darin, dass der Steuerungsdienst den starken Anstieg der Kosten im vergangenen Jahr hochrechnet und dadurch die positive Entwicklung der vergangenen Monate nicht angemessen berücksichtigt. Dies würde spätestens bei den Zahlen für den Monat Juni deutlich werden, sei aber jetzt schon absehbar. Außerdem geht der Steuerungsdienst ausschließlich von Buchungsdaten aus, die aber mit den realen Ausgaben der Abteilung für die ersten Monate des Jahres nicht das Geringste zu tun haben. Anfänglich angeblich sehr geringe Ausgaben und dann ein einmaliger starker Anstieg der Kosten im März ist lediglich auf eine Umstellung des Buchungsverfahrens zurückzuführen, durch die Ausgaben für Januar und Februar 2010 erst ab Ende Februar verbucht werden konnten, sodass sie buchungstechnisch zum größten Teil erst im März auftauchen.

Frau Finger fasst die Situation noch einmal zusammen: Kündigungen der Projekte werden notwendig, wenn die Entsperrungen nicht bis zum 30. Juni erfolgen. Einsparmöglichkeiten an ande-

rer Stelle des Haushaltes der Abteilung Jugend bestehen nach Aussagen von Frau BzStR Vonnekold nicht.

Die anschließende Diskussion ist sehr lebhaft. Herr Lemming sieht ein „politisches Ränkespiel“, bei dem die Jugendstadträtin „kaltgestellt werden“ solle. Er bittet, der vorliegenden Beschlussvorlage nicht zuzustimmen. Frau Heinemann schließt sich dieser Aufforderung an. Sie weist darauf hin, dass der gesamte Präventionsbereich zur Disposition gestellt werde. Politische Ränkespiele seien abzulehnen. Herr Ahrens fragt nach der Größenordnung der Einsparungen. Er verweist darauf, dass Leistungen, die gesetzlich gebunden sind, nicht gekürzt werden können.

Frau BzStR Vonnekold rechnet mit einem Einsparpotential durch die Kündigung der Verträge von 233.000 Euro. Wenn man aber alle Kosten, die trotz Kündigung entstehen, abrechnet, bleiben ca. 100.000 Euro an effektiven Einsparungen. Sie äußert ihr Verständnis dafür, wenn die Mitglieder des JHA ihre Beschlussvorlage „mit eindrucksvoller Mehrheit“ ablehnen würden. Frau BzStR Vonnekold verweist darauf, dass Neukölln zu den drei am schlechtesten mit Jugendförderungsmitteln ausgestatteten Berliner Bezirken gehört.

Frau Schwarzer fordert, keine Jugendeinrichtungen zu schließen. Als Mitglied der BVV und des Hauptausschusses sieht sie aber ihre Verantwortung für eine Haushaltsdifferenz von 4 Mio. Euro. Es gebe zwei verschiedene Trends: „Ich weiß nicht, was ich glauben soll“. Die Abteilung Jugend habe den „Warnschuss nicht gehört“. Sie wünscht dem Jugendamt alles Gute und viel Erfolg. Obwohl sie ansonsten keine Freundin von Enthaltungen sei, werde sie sich der Stimme enthalten, da sie sich an die Haushaltsbeschlüsse der BVV gebunden fühle.

Frau BzStR Vonnekold betont noch einmal, dass die HzE-Kosten „extrem ernst“ genommen werden. Die Jugendförderung dafür aber in „Geiselhaft“ zu nehmen halte sie für nicht zielführend.

Frau Dr. Gallus-Jetter fragt nach einer möglichen Befangenheit, wenn Mitglieder des JHA gleichzeitig bei Trägern angestellt sind, die von Konsequenzen eines Beschlusses betroffen sind. Herr Ahrens (AWO) und Herr Lemming (Diakonisches Werk) erklären dazu, dass sie nicht befangen seien, da die Fragestellung allgemein sei.

Frau Finger stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung:

Die Abteilung Jugend wird aufgefordert, entsprechend der Beschlussfassung des Bezirksamts Neukölln, vorsorgliche Kündigungen bei den Freien Trägern im Bereich der Jugendförderung für das letzte Quartal des Jahres 2010 auszusprechen, da eine rechtzeitige Entsperrung der zur Erfüllung der Verträge notwendigen Haushaltsmittel derzeit nicht gesichert ist. Bei den Kündigungen ist auf die Vorläufigkeit hinzuweisen und eine endgültige Mitteilung für Mitte Juli anzukündigen.

Die Beschlussvorlage wird mit 12 Gegenstimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Frau Finger schlägt vor, einen Beschluss zu fassen, in dem Kriterien für eine mögliche Kündigung von Trägern genannt werden. Frau Heinemann lehnt eine solche Diskussion ab und fordert eine politische Debatte. Herr Lemming hält es für notwendig, zunächst die Grundsätze der präventiven Arbeit zu diskutieren. Herr Ahrens weist darauf hin, dass eine solche Zielrichtung davon ausgehe, dass Einsparungen möglich seien, das sei aber nicht der Fall. Frau Finger verzichtet auf Grund dieser heftigen Einwände auf den Antrag.

Herr Rühlmann wirft dem Senat von Berlin eine verfehlte Jugendpolitik vor. Man könne sparen wo man wolle, aber nicht im Jugendbereich.

Frau Knörr bemängelt, dass es kaum neue Aspekte in der Debatte gebe.

Frau Pohl möchte von Jugendstadträtin Vonnekold wissen, wie es nun weitergehe. Frau BzStR Vonnekold wird zunächst das BA über den Beschluss informieren. Eine Präventionsdebatte sei gut, bringt aber keine Kostenersparnis.

Herr Lemming und Herr Ahrens werden nach der Sommerpause einen Antrag zur Prävention im Jugendbereich formulieren. Frau Thurley, Leiterin der Fachlichen Steuerung im Jugendamt, verweist auf die bereits bestehenden Leitlinien für Jugendarbeit .

zu 8 Mitteilungen

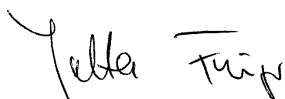
- Frau Neander und Frau Brakemeier vom Jugendamt Neukölln haben zusammen mit vielen Helfern eine Broschüre erstellt: **Angebote zur schulbezogenen Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit in Berlin-Neukölln**. Sie ist seit April im Internet zu finden unter: www.neukoelln-jugend.de
[Angebote zur schulbezogenen Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit in Neukölln \(7,3 MB\)](#)
- Eine **Kiez-Ralley 650 Jahre Rixdorf** veranstaltet der Kinderpavillon Droryplatz, am 26.06.2010 von 12:00 bis 16.30 Uhr. Kinder und Eltern können teilnehmen.
- Das **Sommerfest des Spielplatzes "Wilde Rübe"**, Wildenbruchstr. 25, findet am 25.6. von 15:00 bis 18:00 Uhr statt. Sein Motto ist: „650 Jahre Neukölln - Von den Hugenotten zu Multi-kulti“, mit Spielen, Essen und Trinken, Live-Musik, Eintritt: 0,50 Euro.
- Das **Stadtteilstadt der Stadtvilla Global** hat diese Jahr das Thema „**Willkommen in Afrika**“, Samstag, 3.7., 15:00 bis 24:00 Uhr, Public Viewing der WM, afrik. Küche, Ausstellung und Filme über Südafrika, Bühnenprogramm, Otto-Wels-Ring 37.
- Die **Sommerschule 2010 der „Stadtvilla Global“**, vom 12.7. – 30.7., richtet sich an Schulkinder von 7 bis 12 Jahre. Es gibt 6 Sparten: Sprachunterricht in Englisch und Französisch, Literatur mit Schreibwerkstatt, Theater mit sprachlichem Ausdruck, Kunst - verbunden mit Atelierbesuchen, Musik - mit Einführung in den Umgang mit Musikinstrumenten, Sport mit Sommerolympiade. Die Teilnahme kostet 75 Euro (ermäßigt 50 Euro). Anmeldeschluss ist der 30.6.
- Frau Heinemann verteilt ein Papier des **Arbeitskreises Migration**. Es soll aus Zeitgründen auf der nächsten JHA-Sitzung behandelt werden.

zu 9 Nächste Sitzung

Der nächste Termin des Jugendhilfeausschusses wird nach den Sommerferien am 2. September 2010 stattfinden. Der Ort wird mit der Einladung bekannt gegeben.

Im Anschluss an die Sitzung gab es ein Grillfest auf dem Gelände des Abenteuerspielplatzes.

Berlin-Neukölln, den 7. September 2010



Jutta Finger
Vorsitzende des Ausschusses

Georg Schreiber
Protokollführer